

Für einen Euro reguläre Arbeit

Wiesbadener Hartz-IV-Umsetzung umstritten

Vom 26.04.2008 von Manfred Knispel

Die Stadt hat jetzt gute Noten für die Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze bekommen. Gleichzeitig aber hält die Kritik an der Praxis der sogenannten Ein-Euro-Jobs an.

Weit über tausend Ein-Euro-Jobs gibt es in Wiesbaden. Sie sind jetzt ins Gerede gekommen, nachdem Mitglieder des Sozialforums eigenmächtig Kontrollaktionen durchgeführt hatten und dafür heftig kritisiert wurden. Doch inzwischen melden sich immer mehr Betroffene zur Wort.

"Eine fest angestellte Teilzeitkraft wurde entlassen und die Stelle seitdem nur noch mit Ein-Euro-Jobbern besetzt", schreibt beispielsweise die Mitarbeiterin der Küche einer Schule. Neun Monate lang habe sie dort 40 Stunden pro Woche gearbeitet - obwohl Ein-Euro-Jobs auf 30 Stunden pro Woche begrenzt sind. Zudem habe sie "die volle Urlaubsvertretung für eine Festangestellte" übernehmen sollen.

Beschwerden gibt es auch über die Domäne Mechtildshausen. Die 30 Pferde dort würden ausschließlich von Ein-Euro-Jobbern betreut, berichtet einer von ihnen dem "Tagblatt". Lediglich fünf der Pferde gehörten der Domäne, bei dem Rest handele es sich um "Einsteller", also Pensionspferde. "Klar", sagte der Hartz-IV-Empfänger, "dass man so die Preise niedrig halten kann." Auch er habe mehr als 30 Stunden pro Woche gearbeitet. Mit Hilfe eines Anwalts versuche er nun, dafür angemessen bezahlt zu werden.

All diese Berichte gleichen dem inzwischen bundesweit bekannten Fall des Mitarbeiters des Stadtarchivs Wilfried Lüderitz. Der 62-Jährige hatte im Bildarchiv gearbeitet und nach eigenen Angaben dort einen Festangestellten ersetzt. Nachdem das TV-Magazin "Panorama" darüber berichtet hatte, war er entlassen worden. Die offizielle Begründung: Er habe bei Korrespondenzen den Briefkopf der Landeshauptstadt Wiesbaden benutzt, das sei ihm als Ein-Euro-Jobber nicht erlaubt. Seine bisherige Arbeit im Multimedia-Archiv habe, so heißt es von der Stadt, nun dessen Leiter übernommen.

Gleichzeitig gab es auch Lob. Die Unternehmensberatung Ramboell bescheinigte den Mitarbeitern der Sozialverwaltung, "schlüssig und effektiv" zu arbeiten. Wiesbaden, so die Gutachter, sei für andere Optionskommunen beispielhaft. Optionskommunen sind Kreise oder Städte, die die Betreuung von Langzeitarbeitslosen in eigener Regie übernommen haben. Die Unternehmensberater hatten zuvor ausführlich die Mitarbeiter der zuständigen Abteilungen befragt.

Samstagsgespräch, S. 17

Kommentar

Ein unliebsames Thema

Heinz-Jürgen Hauzel zur Hartz-IV-Umsetzung



hhauzel@vrm.de

Vor einigen Wochen hat sich halb Wiesbaden aufgeregt über die Art und Weise, wie Mitglieder des Sozialforums Ein-Euro-Stellen kontrolliert haben. Und dabei ist es dann geblieben. Mit der missbräuchlichen Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze, die festgestellt wurde, hat sich angesichts der inszenierten Aufregung niemand mehr ernsthaft beschäftigt. Auf diese Weise verhindert man also, dass unliebsame Themen überhaupt erst auf die Tagesordnung gesetzt werden.

In diesem Fall kam noch hinzu, dass Einrichtungen kritisiert wurden, die unzweifelhaft große Verdienste im Bereich von Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen haben. Trotzdem muss es erlaubt sein, Fehlentwicklungen offen zu benennen und darauf aufmerksam zu machen, wenn unter dem Etikett sozialstaatlichen Handelns der Sozialabbau noch forciert wird.